



Sitzungsperiode: 2015-2016  
Datum: 18. Februar 2016

---

**RESOLUTIONSVORSCHLAG AN DIE FÖDERALEN KAMMERN, DIE FÖDERALE  
REGIERUNG UND AN DAS EU-PARLAMENT IM HINBLICK AUF DIE EINFÜHRUNG  
EINES BELGIEN- UND EU-WEITEN VERBOTS DES WEICHMACHERS BISPHENOL A  
(BPA) IN ALLEN LEBENSMITTELBEHÄLTERN SOWIE AUF DIE EINFÜHRUNG  
EINER KENNZEICHNUNGSPFLICHT FÜR ALLE  
ALLTAGSGEBRAUCHSGEGENSTÄNDE, DIE DIESE CHEMIKALIE ENTHALTEN, UND  
AN DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT IN BEZUG AUF  
DIE UNTERSTÜTZUNG DIESER FORDERUNGEN**

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>Begründung.....</b>	<b>3</b>
<b>Resolutionsvorschlag .....</b>	<b>6</b>

## BEGRÜNDUNG

*„Einer Katastrophe zuvorzukommen erfordert für gewöhnlich ein Handeln, noch bevor Schäden deutlich sichtbar werden, vor allem dann, wenn die Schäden erst spät eintreten und unumkehrbar sind.“*  
(Europäische Umweltagentur Kopenhagen; 2002)

Das Vorsorgeprinzip ist ein wesentlicher Bestandteil und eine allgemein anerkannte Grundlage der europäischen Umwelt- und Gesundheitspolitik und sollte deshalb auch Bestandteil der Gesundheitspolitik eines jedes EU-Mitgliedslandes und jedes Gliedstaates sein.

Von den Regierungen erwartet man, dass sie das Vorsorgeprinzip anwenden, vor allem wenn es um das Wohlergehen künftiger Generationen geht.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Gefahr von zugelassenen Chemikalien oft zu spät erkannt wurde. Die Folge waren erhebliche gesundheitliche Probleme in der Bevölkerung (Z. B. durch das Pflanzengift DDT oder Asbest) und erschreckende Gefahren und Belastungen für die Umwelt, die noch nach Jahrzehnten erkennbar sind.

Im Rahmen der Sechsten Staatsreform ist die Gesundheitsprävention vollständig an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen worden, sodass die Verantwortung für diese Zuständigkeit folglich beim Gesundheitsminister, bei der Regierung und beim Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft liegt.

Was die Gesundheitsprävention betrifft, sind die Ergebnisse der nationalen Gesundheitsstudie aus dem Jahr 2013 für die Deutschsprachige Gemeinschaft besorgniserregend. Die Studie ergab, dass sich nicht nur der allgemeine gesundheitliche Zustand vieler Ostbelgier verschlechtert hat, sondern dass mehr als 51 % aller Ostbelgier als übergewichtig, 15 % von ihnen sogar als fettleibig zu bezeichnen sind. Diese Bestandsaufnahme macht ein Handeln seitens der Deutschsprachigen Gemeinschaft erforderlich, insbesondere vor dem Hintergrund, dass sie, wie oben erwähnt, vollständig für die Gesundheitsprävention zuständig ist.

Der Dienst Kaleido vermeldete seinerseits, dass 4,1 % der im Jahr 2012 geborenen Kinder den bisher höchsten gemessenen Wert an extremem Übergewicht aufgewiesen haben. Diesen alarmierenden Zustand will der Dienst eigenen Aussagen zufolge untersuchen.

Bei unseren Recherchen sind wir immer wieder auf Studien gestoßen, die den Zusammenhang zwischen dem Einfluss von hormonellen Schadstoffen auf Fettleibigkeit und Diabetes belegen.

So veröffentlichte der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland im März 2012 eine Studie, die im Auftrag von CHEMTrust UK auf den Studien von Prof. Dr. Miquel Porta (Medizinische Fakultät der Universität Barcelona) und von Prof. Dr. Duk-Hee Lee (Medizinische Fakultät Kyungpook der nationalen Universität Daegu in Südkorea) basiert.

In dieser Studie hat man den Zusammenhang zwischen dem Anstieg von Fettleibigkeit und dem Anstieg der Verwendung und Verbreitung von Industriechemikalien untersucht und dabei festgestellt, dass diese Anstiege zeitgleich erfolgten, was den Schluss zulässt, dass ein Zusammenhang zwischen den hormonellen Schadstoffen und der Fettleibigkeit bestehen könnte.

Der BRF meldete 2012, „Belgien geht einer Diabetes-Epidemie entgegen“, da die Zahl der an Diabetes erkrankten Personen innerhalb von zehn Jahren um 70 % gestiegen sei.

Während Fettleibigkeit als Risikofaktor für Diabetes gilt, mehren sich die Hinweise, dass auch die Belastung durch die Chemikalien selbst zu Diabetes führen kann. Der epidemiologische Nachweis für einen Zusammenhang zwischen Chemikalienbelastung und Diabetes ist dabei sogar stärker als der zwischen Chemikalienbelastung und Fettleibigkeit.

Vor allem hormonell wirkende Stoffe stehen im Verdacht, mit der zunehmenden Häufigkeit von Übergewicht und Diabetes in Zusammenhang zu stehen.

Tagtäglich kommen wir mit diesen Chemikalien in Kontakt, vor allem über Lebensmittel und Konsumartikel.

Ein besonders häufig verwendeter chemischer Stoff ist Bisphenol A (BPA). Dabei handelt es sich um den Grundstoff, der seit den 1950er-Jahren als Hauptbestandteil bei der Herstellung von Polycarbonat eingesetzt wird. Polycarbonat ist ein klarer, relativ stabiler und bruchfester Kunststoff, der bis 145°C temperaturbeständig und gegenüber vielen Säuren und Ölen widerstandsfähig ist.

Bisphenol A gehört zu der meist verwendeten Weichmacher-Chemikalie und zu den hormonellen Schadstoffen, die Studien zufolge schon in kleinsten Dosen Schaden anrichten, wenn sie über einfachen Hautkontakt in den menschlichen Organismus gelangen.

Die Chemikalie wirkt ähnlich wie das weibliche Sexualhormon Östrogen und beeinflusst Fortpflanzung und Gehirnentwicklung. Forscher fanden zudem Indizien dafür, dass sie die Reifung des Gehirns von Ungeborenen und Kleinkindern irreversibel schädigt.

Durch die EU-Richtlinie 2011/8/EU der Kommission vom 28. Januar 2011 wurde die Tatsache, dass BPA gesundheitsschädlich ist, anerkannt. Dies führte zu einem Verbot der Verwendung von Bisphenol A in Babyflaschen.

Nachdem es in Frankreich eine größere Debatte zu diesem Thema gab, haben auch belgische Politiker reagiert und ein Verbot der Verwendung von BPA in Lebensmittelbehältern gefordert.

Der Senat votierte 2012 einstimmig für die von Philippe Mahoux (PS) eingebrachte Gesetzesvorlage, was zur Folge hatte, dass ab dem Jahr 2013 BPA in Lebensmittelverpackungen und -behältern für Kinder bis zu Jahren verboten ist. Von dem Verbot betroffen sind, neben den bereits seit dem 1. März 2011 EU-weit verbotenen Säuglingsflaschen, auch Konserven.

Zur Erinnerung: Das Vorsorgeprinzip besagt, dass Maßnahmen zur Verringerung von Risiken noch vor dem eindeutigen Nachweis von Gefahren getroffen werden müssen.

Die EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), die für die EU-Kommission und die EU-Länder Risikobewertungen liefert, selbst aber keine Verbote oder Ähnliches erlässt, senkte im Jahr 2015 den Grenzwert für die umstrittene Chemikalie Bisphenol A von bisher 50µg auf 4µg pro Kilogramm Körpergewicht pro Tag. Dies geschah nicht zuletzt aufgrund von zahlreichen neuen Studien, deren Ergebnisse im Jahr 2006, also bei der letzten Bewertung, noch nicht vorlagen.

Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass das letzte EFSA-Gutachten zu BPA aus dem Jahr 2010 die EU-Kommission 2011 zum Verbot der Substanz in Babyfläschchen veranlasst hatte. Ein erweitertes Verbot für BPA in Lebensmittelbehältern für Kleinkinder bis zu drei Jahren gilt in Belgien seit dem am 1. Januar 2013 in Kraft getretenen Gesetz vom 4. September 2012 zur Abänderung des Gesetzes vom 24. Januar 1977 über den Schutz der Gesundheit der Verbraucher im Bereich der Lebensmittel und anderer Waren im Hinblick auf das Verbot von Bisphenol A in Lebensmittelbehältern.

Frankreich ging sogar noch einen Schritt weiter, indem es seit dem 1. Januar 2015 als erstes Land der Welt die Verwendung von BPA in allen Lebensmittelbehältern und Dosen, von der Plastikflasche bis hin zur Konservendose, vollständig verbietet.

## RESOLUTIONSVORSCHLAG

### **Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft,**

*in Anbetracht der Tatsache, dass*

- das Vorsorgeprinzip besagt, dass Maßnahmen zur Verringerung von Risiken für Gesundheit und Umwelt vor dem endgültigen Nachweis von Gefahren ergriffen werden müssen;
- internationale Studien belegen, dass hormonelle Schadstoffe einen hohen Einfluss auf Fettleibigkeit und Diabetes haben;
- Bisphenol A zu diesen Chemikalien gehört;
- Bisphenol A zu den weltweit am häufigsten eingesetzten Industriechemikalien gehört;
- es in Belgien immer mehr Menschen gibt, die unter Fettleibigkeit leiden;
- immer mehr Kinder mit hohem Übergewicht geboren werden;
- wir täglich mit diesen Chemikalien in Kontakt kommen, vor allem durch Lebensmittel und Konsumartikel;
- Studien belegen, dass bereits Babys mit einer Vorbelastung geboren werden, weil die Schwangeren den Chemikalien ausgesetzt werden;
- es in Frankreich seit dem 1. Januar 2015 ein erweitertes Verbot für BPA-haltige Lebensmittelverpackungen gibt;
- die Verantwortung für die Gesundheitsprävention durch die Übertragung der Zuständigkeit im Zuge der Sechsten Staatsreform bei der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft liegt;

### **fordert die föderalen Kammern, die föderale Regierung und das EU-Parlament auf,**

- sich intensiv mit dem Thema der Gesundheitsprävention im Zusammenhang mit Bisphenol A auseinanderzusetzen und hier gezielt das Vorsorgeprinzip anzuwenden;
- ein generelles Verbot von BPA in allen Behältern, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen, in Belgien bzw. auf EU-Ebene durchzusetzen;
- die Kennzeichnungspflicht für Bisphenol A-haltige Gebrauchsgegenständen gesetzlich zu verankern;
- dazu eine unabhängige Studie in Auftrag zu geben;

### **beauftragt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,**

diese Forderungen unter besonderer Berücksichtigung der gesundheitlichen Interessen der Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu vertreten, sich bei der nationalen Kammer, der nationalen Regierung und dem EU-Parlament für ein Verbot von BPA in allen Lebensmittelbehältern und für eine Kennzeichnungspflicht für BPA-haltige Gebrauchsgegenstände einzusetzen.

M. BALTER  
A. MERTES